

Wertschätzung für „Der Ukraine-Krieg und die eurasische Weltordnung“

“Diesen has written a terrific book about the emerging world order. The multipolar system that is now forming, he argues, has the potential to be much more peaceful than the U.S.-dominated unipolar moment that recently ended. But the Ukraine war, a legacy of American policy during unipolarity, has poisoned international politics and made it difficult to transition to a more harmonious Westphalian order. A must read for anyone who wants to understand the great shift in the global distribution of power that is taking place before our eyes.”

JOHN J. MEARSHEIMER,
R. Wendell Harrison Distinguished Service Professor
für Politikwissenschaft an der Universität Chicago

“A most thoughtful and realistic account of the evolution of the world order, the perils that transitions in it create, and the relationship of these to the tragic conflict in Ukraine. Diesen dispels and replaces the fog of war with the much-needed clarity of historically informed reason.”

CHAS FREEMAN,
Botschafter und ehemaliger stellvertretender US-Verteidigungsminister
für internationale Sicherheitsangelegenheiten

“Brilliant, in-depth analysis of the roots of the Ukraine war and the emerging changes in the world order.”

JJACK F. MATLOCK, JR.,
US-Botschafter in der UdSSR, 1987–1991

“Excellent book! Glenn Diesen offers a highly informative analysis of the change and continuity of world order over the centuries. Must read to understand the complexity of the Ukraine War as a historical inflection point.”

SERGEY KARAGANOV,
Ehenvorsitzender des Präsidiums des Rates
für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands

“A wide-ranging and stimulating examination of contesting models of world order and the roots of the Russo-Ukrainian war. A corrective to mainstream Western narratives, providing a powerful conceptual framework for critique. A brilliant foundational work.”

RICHARD SAKWA,
Universität Kent

“A superb book! Diesen dismantles the war propaganda and outlines why the Ukraine War is a symptom of a collapsing world order.”

CLARE DALY,
Mitglied des Europäischen Parlaments

“What luck! Professor Diesen takes the role of Christopher, patron saint of travelers, as we stumble across the threshold into 2024—a truly liminal year. With laudable candor, Diesen presents little-known facts —on Ukraine, for example—showing how we arrived at this dangerous juncture. If facts lead to action, we may yet survive the demise of the tottering hegemon of the West.”

RAY McGOVERN,
ehemaliger CIA-Präsidentenberater

“Professor Diesen has addressed the geopolitical issue of our era —and likely beyond. What is the future geo-politics: How will states interact between themselves in the future? Does the shift to multipolarity championed by Russia and China hold the promise of more harmony or simply the move to a different mode of contention? He traces the irruption of the powerful nation-state notion of Westphalia, through the Pax American ‘forever wars’—to the waning of the Rules Order presented as the mandatory ‘vision for all.’

Diesen shows how Ukraine became the rock that holed the Western myth below the waterline— and discusses the likely tribulations a new world order will certainly encounter.

An important read. Important insights—as we need to face up to the unwelcome task of challenging our own preconceptions and having to navigate in an unfamiliar (non-western) landscape where old, steady handholds simply are no longer present. No longer there.”

ALASTAIR CROOKE,
ehemaliger britischer Diplomat

Glenn Diesen
**Der Ukraine-Krieg und
die eurasische Weltordnung**

Glenn Diesen

Der Ukraine-Krieg und die eurasische Weltordnung

Aus dem Englischen übersetzt von Ina Batzke.

 **Mangroven**
ERLAG

First published in English in 2024 by
Clarity Press, Inc.
2625 Piedmont Rd, NE. Ste . 56, Atlanta, GA. 30324

© Mangroven Verlag 2025
Erste Auflage
Glenn Diesen: Der Ukraine-Krieg und die eurasische Weltordnung
Übersetzung: Ina Batzke
Redaktion: Michael Wengraf
Druck: www.interpress.eu
Umschlag: Niki Bong
Titelbild: Mykola Mazuryk/Shutterstock
www.mangroven-verlag.de
info@mangroven-verlag.de
ISBN: 978-3-946946-52-6

Inhalt

1. Einführung | 1
 2. Die moderne westfälische Weltordnung: Macht und Legitimität | 13
 3. Der Aufstieg der westlich geprägten Weltordnung | 45
 4. Pax Americana: Eine neue Weltordnung der liberalen Hegemonie | 79
 5. Der Niedergang des Westens und der liberalen Weltordnung | 107
 6. Die NATO-Erweiterung und der Zusammenbruch
der gesamteuropäischen Ordnung | 143
 7. Die Ukraine als Spielball in einem geteilten Europa: 1991–2014 | 172
 8. Der ukrainische Bürgerkrieg 2014–2022 | 200
 9. Die russische Invasion von 2022 | 243
 10. Eine eurasisch-westfälische Weltordnung | 275
 11. Fazit: Interregnum – Übergang, Ungewissheit und Unordnung | 304
- Literaturverzeichnis | 309

*An meine Frau Elena und unsere Kinder
Konstantin, Andre und Maria*

1. Einführung

JEDE WELTORDNUNG strebt nach Dauerhaftigkeit und scheint diese gleichzeitig auch zu besitzen. Die Bewahrung des Status quo wird mit Stabilität verbunden, obwohl sich die Welt in Bezug auf die internationale Machtverteilung, Technologien, wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche Herausforderungen, Werte und Ideale ständig verändert. Die Fähigkeit, mit Veränderungen und Reformen umzugehen, ist ausschlaggebend für jede Weltordnung. Denn mangelhafte Anpassung führt zu Stagnation, Verfall und Zusammenbruch.

Kriege, Revolutionen und der Zerfall von Staaten vermögen gewaltige Störungen zu verursachen, die die Anpassungsfähigkeit der Weltordnung überfordern können. So bedeutete der Zusammenbruch des Heiligen Römischen Reiches die Geburtsstunde der modernen Weltordnung, die sich im Westfälischen Frieden von 1648 manifestierte und auf einem Gleichgewicht der Kräfte zwischen souveränen Staaten beruhte. Diese Ordnung hatte 150 Jahre lang Bestand, wurde dann aber reformiert, nachdem sie im Gefolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Der Wiener Kongress von 1815 modellierte dann eine Art Nachfolgemodell. Das hatte 100 Jahre lang Bestand, bis es ihm misslang, die Rivalität zwischen den aufstrebenden Industrieimperien zu lösen, die die britische Führungsrolle in Frage stellten. Nach zwei Weltkriegen führte der Kalte Krieg daher zu einer weiteren Form von Weltordnung, die auf Bipolarität und ideologischer Rivalität beruhte und nach 45 Jahren mit dem Zusammenbruch des Kommunismus endete. Die darauffolgende unipolare Weltordnung der liberalen Hegemonie währte sogar noch kürzer, nämlich nur etwa 30 Jahre. Dann wurde klar, dass das hegemoniale System nicht in der Lage ist, sich an die neuen Realitäten anzupassen, und dass die Exzesse des Liberalismus kein brauchbares Regulativ geschaffen hatten. Parallel zu diesen Prozessen entstanden neue Machtzentren, die sich um die Wiederherstellung der Multipolarität bemühen und den liberalen Universalismus ablehnen.

Die eurasischen Giganten Russland und China führen den Übergang von der unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung an, und werden dabei von Staaten, die eine Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren, wie es scheint, unterstützt. Ziel ist die Rückkehr zu einem Gleichgewicht der Kräfte. Eines, in dem die konkurrierenden nationalen Interessen der Großmächte Berücksichtigung finden und allgemeine Regeln nicht einseitig mit universalistischem Anspruch durchgesetzt werden können.

Da die USA eine auf Hegemonie und Liberalismus basierende Weltordnung für ihre nationale Sicherheit als unabdingbar erachten, bekämpfen sie die wirtschaftlich, politisch und militärisch sich manifestierenden multipolaren Realitäten.

Eine Weltordnung umreißt das System und die Regeln für ein friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten. Ein Konflikt über die Auslegung dieser Weltordnung deutet darauf hin, dass die derzeitige Regelung außer Kraft gesetzt ist und Chaos herrscht. Gelingt es dann nicht, die Weltordnung durch Diplomatie und friedliche Mechanismen zu reformieren, wird die neue Welt zumeist aus einem Krieg geboren. In den späten 1920er Jahren schrieb Antonio Gramsci über solch unruhige Zeiten als eine Periode des Interregnums. Der Begriff Interregnum bezeichnete ursprünglich die Zeit des Übergangs zwischen dem Tod eines Königs und dem Amtsantritt seines Nachfolgers. Dieser Zeitraum war durch die Abwesenheit von Autorität gekennzeichnet, die ein politisches und rechtliches Vakuum schuf. Gramsci schreibt über diese Konfliktsituation: „Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann; in diesem Interregnum treten daher verschiedenste Krankheitssymptome auf.“¹

Definition von Weltordnung

Der Begriff Weltordnung bezieht sich auf die internationale Verteilung von Macht und Legitimität. Sie soll das System markieren, wie sich Staaten und nichtstaatliche Akteure zu verhalten haben, damit schlussendlich Ordnung über Chaos siegt. Daher inkludiert das Thema Weltordnung soziologische

1 Z. Bauman, „Times of Interregnum“, *Ethik und globale Politik* 5, Nr. 1 (2012): 49.

Theorien über die menschliche Natur, Wirtschaftssysteme und politische Systeme.

Seit dem Zusammenbruch des hegemonialen Römischen Reiches und der anschließenden Machtverteilung in Europa wurden im Westfälischen Frieden von 1648 die staatliche Souveränität und das Gleichgewicht der Kräfte als Hauptpfeiler dieser Ordnung festgelegt. Sie beruht außerdem auf der gegenseitigen Verpflichtung, alle expansiven und hegemonialen Impulse gemeinsam auszugleichen, um das Gleichgewicht zu wahren. Universalistische Ideale müssen in dem Maße abgelehnt werden, in dem sie dazu dienen, souveränistische Ungleichheit zu fördern und Expansionismus zu rechtfertigen.

Das westfälische internationale System ist durch Anarchie gekennzeichnet, da der jeweilige Staat der höchste Souverän ist. Jeder einzelne Staat befindet sich in der Folge in einem ständigen Wettbewerb um Macht und Überleben, da die Erhöhung der Sicherheit eines Staates Unsicherheit für andere Staaten bedeuten kann. Im Laufe der Jahrhunderte gab es idealistische Bestrebungen, die internationale Anarchie zu überwinden. Und zwar durch universelle Werte und eine hegemoniale Machtverteilung, die darauf abzielt, die gesamte westfälische Ordnung zu beseitigen. In solchen Fällen würde das Ziel darin bestehen, das Gleichgewicht der Pax Romana wiederherzustellen, eine zweihundertjährige Periode römischer Hegemonie und des Universalismus, die relativen Frieden, Wohlstand und Fortschritt brachte.

Nach dem Kalten Krieg entwickelten sich die USA zum globalen Hegemonen in Sachen militärische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Macht. Die moderne westfälische Weltordnung, die auf einem Gleichgewicht souveräner Ebenbürtiger beruhte, wurde durch ihren Anspruch auf Vormachtstellung und auf universelle liberal-demokratische Werte in Frage gestellt. Die liberale Hegemonie verlangt, dass souveräne Ungleichheit legitimiert wird. Sie versucht daher, die frühere internationale Ordnung nach dem Prinzip „Souveränität für zivilisierte Staaten und eingeschränkter Souveränität für ‚unzivilisierte‘ Staaten“ neu zu interpretieren. Mit anderen Worten: Volle Souveränität für den liberalen Westen und eingeschränkte Souveränität für die übrigen Staaten.

Anfänglich gab es viel Optimismus, dass der Glaube an die universellen Werte der freien Märkte, der Demokratie und der globalen Zivilgesellschaft eine völlig neue und gütige Weltordnung schaffen würde. Die Berliner Mauer fiel, der Kommunismus in Osteuropa wurde abgeschafft, die ehemaligen Ri-

valen Russland und China setzten in ihrer Außenpolitik auf die Freundschaft mit den USA und dem Westen. Der Arabische Frühling schien die autoritären Regierungen im Nahen Osten zu reformieren. Die NATO-Erweiterung brachte Staaten, die jahrzehntelang unter Moskaus Herrschaft gelebt hatten, ein Gefühl der Sicherheit. Der ökonomische Aufstieg Chinas befreite Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut und brachte die Weltwirtschaft voran, während die Globalisierung die Welt näher zusammenzubringen schien.

Aus diesem Grund wurde allgemein erwartet, dass die Globalisierung unter der Pax Americana eine neue Ära der Stabilität und des Wohlstands einläuten könnte. Zu diesem Zeitpunkt gab es also gute Argumente für eine Weltordnung, die auf einer liberalen Hegemonie beruhte und die liberalen demokratischen Werte verbreiteten sich unter der scheinbar gütigen Führung der USA. Wie kam es aber zum Frieden nach dem Kalten Krieg und warum begann die liberale hegemoniale Ordnung schließlich zu bröckeln?

Die Vorstellung einer gutartigen globalen Hegemonie – dass der wirtschaftliche und politische Liberalismus ein Königsweg zur Überwindung der Machtpolitik sei – erwies sich als liberale Illusion, die von Hybris genährt wurde. Die gescheiterte Nullsummenreform der Sicherheitsarchitektur ließ die Rivalität des Kalten Krieges mit Russland und China wieder aufleben. Des Weiteren verschärfte die NATO-Erweiterung vorhersehbar die Spannungen mit Russland, da Moskau sie zu Recht als existenzielle Bedrohung wahrnahm. Zur selben Zeit geriet der bloße wirtschaftliche Aufstieg Chinas zu einer Herausforderung für die globale Vormachtstellung der USA. Die Globalisierung als neoliberaler und westlich zentrierter Prozess wurde unhaltbar, als die globale Finanzkrise von 2008 sie als ein nicht nachhaltiges Entwicklungsmodell entlarvte. Die Auswüchse des Liberalismus werden nun innerhalb und außerhalb des Westens abgelehnt, was zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaften und im internationalen System führt. Ein Imperium kann es sich zwar leisten, Fehler zu machen, solange die Kosten dafür aufgefangen werden. Aber die anfallenden Ausgaben des Imperiums, gemessen an Wohlstands- und Legitimitätsverlust, wurden schließlich untragbar, als das militärische Abenteuerium des Westens gegen Jugoslawien, Afghanistan, Libyen und Syrien scheiterte.

Die auf unipolarer Machtverteilung und universellen liberal-demokratischen Werten beruhende Weltordnung ist somit gescheitert. Betrachtet man einen noch größeren zeitlichen Rahmen, ist außerdem die 500 Jahre währende

westliche globale Suprematie zu Ende gegangen. Der französische Präsident Emmanuel Macron gestand dies ein, als er sagte, dass „die westliche Hegemonie sich ihrem Ende nähert“. Es sind neue Machtzentren entstanden, die den Grundstein für ein multipolares System nach den Grundsätzen des westfälischen Friedens legen. Die sich herausbildende, neue Weltordnung lehnt die westlich geprägte Globalisierung in Form der Dominanz der Seemächte, des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus und einer liberalen globalen Zivilgesellschaft ab. Der Westen kann auch nicht mehr die Bedingungen für die Aufnahme von Staaten als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft souveräner Entitäten vorgeben. Die internationale Machtverteilung, die Ideale, die Regeln und das Wesen der Diplomatie werden dementsprechend neu geordnet.

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine offenbarte die fatale Dysfunktion der hegemonialen Weltordnung, die den Übergang zur Multipolarität beschleunigt hat. Während die westfälische Weltordnung ein Gleichgewicht der Kräfte anstrebt, um Konflikte zu vermeiden, erfordert die unipolare Ordnung ständige Konflikte, um sicherzustellen, dass die Verbündeten abhängig und die Rivalen geschwächt bleiben.

Der Ukraine-Krieg hätte leicht verhindert werden können, wenn die westfälischen Grundsätze befolgt worden wären. Der Westen lehnte jedoch die Nichteinmischung und das Prinzip des Kräftegleichgewichts ab, indem er 2014 einen Putsch zur Erweiterung der NATO förderte. Eine Minderheit der Ukrainer unterstützte den Verfassungsputsch und eine weitere Minderheit wünschte den NATO-Beitritt. Wie zahlreiche Beweise zeigen, wusste der Westen, dass die Umwandlung der Ukraine von einer Brücke zu Russland in ein Bollwerk gegen dieses Land wahrscheinlich einen Bürgerkrieg und eine russische Invasion auslösen würde. Die Diplomatie räumte ihr Scheitern spektakulär ein, als die westlichen Staaten zugaben, dass sie das Minsker Friedensabkommen von 2015 – den „einzigsten Weg zu einer friedlichen Lösung“ – lediglich anstrebten, um Zeit für den Aufbau einer schlagkräftigen ukrainischen Armee zu gewinnen. Die Friedensplattform, die Zelensky 2019 zum Präsidenten machte, wurde durch die westliche Unterstützung rechts-

extremer Gruppen in der Ukraine, denen sogar der Westen selbst bescheinigt, dass sie von faschistischen Elementen beeinflusst sind, in ihr Gegenteil verkehrt.

Nach dem Einmarsch Russlands wurde die ausstehende Einigung zwischen Russland und der Ukraine vor allem von den USA und dem Vereinigten Königreich sabotiert. Eine diplomatische Lösung wurde erneut abgelehnt, da der Westen eine Niederlage Russlands auf dem Schlachtfeld und die Zerstörung seiner Wirtschaft als notwendig erachtete, um seine Hegemonie als Grundlage eines Friedens und damit die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung wiederherzustellen. Der NATO-Generalsekretär argumentierte, dass Waffen der Weg zum Frieden seien, in Anlehnung an George Orwell: Krieg ist Frieden, Unwissenheit ist Stärke. Die Zensur der russischen Medien und der abweichenden Meinungen im Westen führte dazu, dass die Öffentlichkeit die russische Position nur sehr wenig verstand. Kein einziger führender westlicher Politiker setzte sich für Diplomatie ein, da Verhandlungen zu einem Synonym für die schimpfliche „fünfte Kolonne“² gerieten. Stattdessen kam es in Kopenhagen und Jeddah zu „Friedensgipfeln“, zu denen Russland nicht eingeladen wurde und bei denen die russischen Sicherheitsbedenken hinsichtlich des NATO-Expansionismus nicht zur Sprache kamen. Die ukrainische Regierung gab offen zu, dass der Zweck dieser Friedensgipfel darin bestand, Russland zu schwächen, indem die Welt um die Ukraine herum organisiert wurde.

Der Westen beabsichtigte, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, seine Wirtschaft zu zerstören und es auf der internationalen Bühne zu isolieren. Stattdessen aber offenbarte der Westen die Schwäche der liberalen Hegemonie, indem er einen militärischen Konflikt provozierte und alle Bemühungen um eine friedliche Lösung zurückwies. Dem Rest der Welt wurde klar, dass die internationale Wirtschaftsarchitektur als Waffe gegen jeden eingesetzt werden kann, sei es durch primäre oder sekundäre Sanktionen. Und daher weigerte sich dieser Rest nicht nur, sich mit dem Westen zu verbünden und Russland zu isolieren, sondern verstärkte auch die Bemühungen um multi-

2 Anmerkung der Übersetzerin: Als fünfte Kolonne (Lehnübersetzung von spanisch „quinta columna“, „fünfte Kolonne“) werden der Subversion verdächtige Gruppen bezeichnet, die insgeheim mit den Interessen einer äußeren feindlichen Macht sympathisieren und tatsächlich oder vermeintlich mit dieser kollaborieren.

polare wirtschaftliche und politische Strukturen. Die liberale hegemoniale Weltordnung gab vor, prinzipielle Werte über die Machtpolitik zu stellen. Der Krieg hat diesen liberalen Schleier gelüftet und gezeigt, dass Demokratie und Menschenrechte zu plumpen Instrumenten der Machtpolitik verkommen sind.

Die liberale Hegemonie preist also im Grunde die Vorherrschaft eines ausgleichenden Machtzentrums, nur ist dieses Narrativ mittlerweile zusammengebrochen. Es wurde behauptet, die NATO sei lediglich eine dritte Partei, die das westfälische Prinzip der nationalen Souveränität gegen eine nicht provozierte, russische Aggression verteidigen wolle. In Wirklichkeit aber war der Ukraine-Krieg die direkte Folge der Bemühungen des Westens, die westfälische Weltordnung zu untergraben und eine hegemoniale Weltordnung voranzutreiben. Der Ukraine-Krieg begann 2014, als die USA und ihre europäischen Verbündeten einen Putsch in der Ukraine unterstützten, um eine auf kollektiver Hegemonie basierende gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur voranzutreiben. In den folgenden acht Jahren verwandelten die NATO-Staaten die Ukraine von einem neutralen Staat in eine Frontlinie gegen Russland, indem sie die einheimische Opposition in der Ukraine an den Rand drängten, Russland dämonisierten, die demokratischen Rechte der eigenen russischsprachigen Bevölkerung beschnitten, eine große Armee aufbauten und jede Friedensregelung und Wiedergutmachung mit Russland verhinderten.

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine stellt also einen Konflikt zwischen zwei konkurrierenden Weltordnungen dar – der liberalen Hegemonie des Westens und einem Gebilde, das man als multipolare eurasisch-westfälische Weltordnung bezeichnen kann. Die hohen Einsätze in einem Spiel, bei dem es jetzt um alles oder nichts geht, machen deutlich, warum sowohl die NATO als auch Russland bereit sind, beispiellose Risiken einzugehen, einschließlich der Möglichkeit eines Atomkriegs.

Übersicht

Dieses Buch beantwortet die folgende Forschungsfrage: Inwieweit beeinflusst der Ukraine-Krieg die Weltordnung? Das Buch konzentriert sich in erster Linie auf die Handlungen des Westens, der in den letzten Jahrhunderten als kollektiver Hegemon und Hauptwächter der Weltordnung auftrat. Anschließend

konzentriert es sich auf das Versagen des Westens darin, gemeinsame Regeln zur Verhinderung und Lösung von Konflikten anzubieten. Stattdessen hat die unipolare Weltordnung den Ukraine-Krieg befeuert, ihn angezettelt und verlängert. Die Auseinandersetzung mit diesem Krieg als Folge einer zusammenbrechenden Weltordnung sollte folglich nicht als dessen Rechtfertigung oder Legitimierung verstanden werden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage skizziert das Buch zunächst die theoretischen Annahmen über die Weltordnung und untersucht den Aufstieg der westlich geprägten Weltordnung, wobei es zuerst einen Überblick über die Grundlagen der Weltordnung gibt. Anschließend werden der Aufstieg und der Niedergang der als liberale Hegemonie definierten Weltordnung nach dem Kalten Krieg analysiert sowie die Bedeutung der NATO-Erweiterung für die Auflösung der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und einer gemeinsamen Weltordnung untersucht. Der zweite Teil des Buches betrachtet die Ukraine-Krise als Schlüsselszenario für die liberale Hegemonie – ob sie erhalten bleibt oder preisgegeben werden muss. Diese Kapitel untersuchen den Kampf um Einfluss zwischen 1991 und 2014, den Bürgerkrieg nach dem Putsch in den Jahren von 2014 bis 2022 und die russische Invasion ab 2022. Im letzten Kapitel wird dargelegt, wie sich die Genese einer eurasischen Weltordnung durch den Ukraine-Krieg intensiviert hat. Die Schlussfolgerung lautet, dass die Welt gerade in eine turbulente Zeit eintritt, da der Ukraine-Krieg die liberale Hegemonie beendet hat, ein multipolares westfälisches System sich jedoch noch nicht durchsetzen konnte.

In **Kapitel zwei** wird zunächst das Konzept der Weltordnung theoretisiert. Der modernen Weltordnung, die auf den Westfälischen Frieden zurückgeht, werden die Bemühungen um die Wiederherstellung einer Pax Romana gegenübergestellt, die darauf zielt, die internationale Anarchie durch Hegemonie und universelle Werte zu überwinden. Das Gleichgewicht der Mächte wird auch in ein geökonomisches „Gleichgewicht der Abhängigkeit“ transponiert, um zu untersuchen, wie die Umwälzungen der industriellen Revolution das merkantilistische System veränderten. Der Kampf um die Weltordnung wird theoretisch als eine Reihe von Dilemmata dargestellt, wie zum Beispiel Gleichgewicht der Macht gegenüber Hegemonie, kulturelle Besonderheit gegenüber Universalismus und Ordnung gegenüber Gerechtigkeit.

Kapitel drei untersucht dann den Aufstieg der westlich-zentrierten Weltordnung. Die militärische Überlegenheit und die Kontrolle über die

maritimen Transportkorridore ermöglichten ab dem frühen 16. Jahrhundert den Aufstieg einer westlich geprägten Welt, die sich weiterentwickelte, als die industrielle Revolution den Westen ab dem späten 18. Jahrhundert mit ökonomisch determinierter Staatskunst ausstattete. Die Weltordnung wurde infolge der Amerikanischen und der Französischen Revolution, der Transformation des Industriekapitalismus und des anschließenden Aufstiegs neuer Ideologien nach dem Ersten Weltkrieg reformiert. Der Einfluss des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus auf die Weltordnung wurde zum Spiegelbild der internationalen Machtverteilung.

Kapitel vier befasst sich mit der Pax Americana, der neuen hegemonial-liberalen Weltordnung. Nach dem Kalten Krieg gab es Debatten über die Vor- und Nachteile einer auf Unipolarität und Liberalismus basierenden Weltordnung gegenüber der Wiederherstellung eines Kräftegleichgewichts. Zusammengefasst fehlte es dem hegemonialen System an Nachhaltigkeit. Und zwar weil sich die USA auf militärischen Interventionismus verließen, ihre Ressourcen erschöpften, es versäumten, innenpolitische Probleme anzugehen, unter abnehmender Legitimität in der Welt litten und ungewollt ausländische Mächte dazu anregten, mit den USA in Bezug auf militärische Macht, Geowirtschaft und politische Institutionen zu konkurrieren.

Kapitel fünf analysiert den Niedergang des Liberalismus als globales Ordnungsprinzip. Die liberale Hegemonie ersetzte das Völkerrecht durch die regelbasierte internationale Ordnung und erfand die Diplomatie als zivilisierende Subjekt-Objekt-Mission neu. Die Auswüchse des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus untergruben die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt, und ein neuer Autoritarismus machte es dem Westen immer schwerer, sich als Lehrer für Demokratie zu präsentieren. Der kulturelle Niedergang schwächte außerdem die sanfte Macht. Der militärisch-industrielle Komplex, korrumpierte Demokratie und Regierungsführung, während innenpolitische Querelen zunehmend die Außenpolitik beeinflussten; das Konzept der globalen Zivilgesellschaft verkam zu einem Instrument staatlicher Macht.

Kapitel sechs befasst sich mit der NATO-Erweiterung und dem Zusammenbruch des gesamteuropäischen Sicherheitssystems bzw. der gemeinsamen Weltordnung. Nach dem Kalten Krieg entstanden zwei rivalisierende Weltordnungsmodelle, die die europäische Sicherheitsarchitektur beeinflussen. Mit der Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit

in Europa (OSZE), die auf unteilbarer Sicherheit, souveräner Gleichheit und einem Europa ohne Trennlinien beruhte, wurde ein westfälisches System des Machtgleichgewichts institutionalisiert, das eine umfassende gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur repräsentierte. Gleichzeitig manifestierte sich die liberale Hegemonie in Europa in der Ausweitung der NATO. Das bedeutete im Gegenzug die Aufgabe der gesamteuropäischen Sicherheitsvereinbarungen auf Grundlage der Helsinki-Vereinbarungen, der Charta von Paris für ein neues Europa und der OSZE. Viele amerikanische und europäische führende Politiker warnten davor, dass der Expansionsdrang der NATO den Ost-West-Konflikt bzw. die Teilung Europas wieder aufleben lassen würde und möglicherweise den Beginn eines neuen Kalten Krieges bedeuten könnte. Doch die neuen Trennlinien ließen auch eine ideologische Kluft wieder aufleben, da alle daraus folgenden Spannungen weitgehend durch die Heuristik eines umfassenderen Kampfes zwischen Demokratie und Autoritarismus interpretiert wurden. Die Diplomatie degenerierte, Rüstungsverträge brachen zusammen, und das Sicherheitsdilemma verschärfte sich.

In **Kapitel sieben** wird analysiert, wie die Ukraine zwischen 1991 und 2014 zu einem Spielball auf dem europäischen Schachbrett geriet. Die Ukraine, ein geteiltes Land in einem geteilten Europa, wurde dazu bestimmt, zum Zentrum eines Stellvertreterkonflikts zwischen liberaler Hegemonie und westfälischer Weltordnung zu werden. Die Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine wurde durch das Fehlen eines verbindenden Narrativs und einer eigenen Identität erschwert. Die ethnische, kulturelle und sprachliche Verbundenheit zwischen Ukrainern und Russen erwies sich als ein zweischneidiges Schwert, da diese Nähe die für eine volle Souveränität erforderliche Unterscheidbarkeit untergrub. Während die Ostukrainer die Beziehungen zu den Russen gemeinhin als „brüderliches Band“ bezeichneten, neigten die Westukrainer dazu, die gemeinsame Geschichte als Imperialismus zu interpretieren, der die Entwicklung einer eigenständigen ukrainischen Identität verwässerte und aushöhlte. Russland stellte sich hinter die Ostukrainer und der Westen unterstützte die westukrainischen Nationalisten. Geschuldet war dies konkurrierenden Vorstellungen von einer regionalen bzw. globalen Macht- und Werteordnung.

Kapitel acht beschreibt den ukrainischen Bürgerkrieg, der durch den vom Westen unterstützten Putsch im Februar 2014 ausgelöst wurde. Die russische Annexion der Krim und die Unterstützung des Donbass brachten die liberale

hegemoniale Ordnung unter großen Druck. Hegemonie, liberale Werte und internationales Recht erforderten eine prinzipielle Ablehnung des russischen Einmarsches. Die hegemoniale Ordnung wurde dabei von rechtsextremen Nationalisten gestützt, die die russlandfreundlichen Elemente in der Gesellschaft beseitigen und die Ukraine auf einen Kriegspfad führen wollten. Die neue Regierung in Kiew unterdrückte die russische Sprache, die Kultur und die orthodoxe Kirche. Gleichzeitig „säuberte“ sie auch die Medien und die Oppositionsparteien und ließ deren Anführer verhaften. In der Zwischenzeit nutzte der Westen das von den Vereinten Nationen gebilligte Minsker Abkommen, um Zeit zu gewinnen und die Ukraine zu bewaffnen und auszubilden. Sie sollte ja zu einem NATO-Mitglied werden.

Kapitel neun befasst sich mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 und dem darauffolgenden Stellvertreterkrieg. Die mangelnde Bereitschaft der NATO, den Krieg zu verhindern, die Sabotage der Friedensverhandlungen nach der russischen Invasion und die nicht enden wollenden Eskalationen signalisieren das Scheitern der liberalen Weltordnung und offenbaren gleichzeitig, was auf dem Spiel steht. Das Ziel der NATO, Russland als strategischen Rivalen zu schwächen und ein klares Signal an China zu senden, hätte der liberalen Hegemonie neuen Auftrieb geben sollen, während ein russischer Sieg das Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen könnte. Als sich der Krieg immer weiter in die Länge zog, harmonierte das geostrategische Ziel der Schwächung Russlands allerdings nicht mehr mit dem Anspruch, „der Ukraine zu helfen“; und die Nato begann, ihre Absicht, „bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen“, immer deutlicher zu offenbaren.

Kapitel zehn analysiert die Entstehung der eurasischen Weltordnung, die durch den Ukraine-Krieg beschleunigt wurde. Russland, China und andere eurasische Staaten hatten ihre wirtschaftlichen Verbindungen bereits diversifiziert und streben angesichts der Verschiebung der internationalen Machtverteilung seit einigen Jahren ein multipolares System an. Der Krieg hat jedoch gezeigt, wie dringend notwendig es ist, sich von westlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit zu lösen, und er hat dazu die normative Rechtfertigung der liberalen Hegemonie zum Einsturz gebracht. Unabhängig vom militärischen Ergebnis offenbart der Krieg multipolare Realitäten, da die Welt jenseits der NATO die Führungsrolle des Westens nicht akzeptierte, sich nicht den Sanktionen anschloss und stattdessen Russland wirtschaftlich und politisch entgegenkam. Die eurasischen Staaten stehen an der Spitze des Übergangs zu

einer multipolaren westfälischen Weltordnung mit eurasischen Merkmalen. Die westlichen Seemächte verlieren ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber den eurasischen Landmächten, da neue autonome Machtzentren entstehen, die den liberalen Universalismus zugunsten zivilisatorischer Eigenständigkeit ablehnen.

Letztlich wird der Schluss zu ziehen sein, dass die Welt gerade in eine Phase des Umbruchs eintritt, da sie sich zwischen den Polen liberale Hegemonie und Multipolarität befindet. Staaten, die sich an die multipolaren Realitäten anpassen, werden gedeihen, und diejenigen, die sich den notwendigen Modifikationen widersetzen, werden den Krieg schüren.

2. Die moderne westfälische Weltordnung: Macht und Legitimität

DER BEGRIFF WELTORDNUNG nimmt Bezug auf die allgemein akzeptierten Regeln und Verhaltensweisen in der Welt. Diese Regeln werden wiederum durch die Machtverteilung und die Legitimität des zugrundeliegenden Systems bestimmt und aufrechterhalten. Es handelt sich um allgemein akzeptierte Normen, die auf internationaler Machtverteilung und den Quellen ihrer Legitimität beruhen, sie ändern sich ständig und müssen immer wieder neu kalibriert werden. Daher wird die Weltordnung in der Regel nach großen Brüchen neu gestaltet. Und zwar dann, wenn die früheren Bedingungen, die sie ermöglichten, wegfallen und die Staaten nach neuen Lösungen suchen.

Das Konzept der Weltordnung und ihre tatsächliche Existenz sind ein relativ junges Phänomen, da die verschiedenen Regionen der Welt bis in die letzten Jahrhunderte weitgehend unabhängig voneinander organisiert waren. Die europäische Regionalordnung von Westfalen legte den Grundstein unserer Weltordnung, in einer Zeit, in der die Welt bedingt durch die jahrhundertelange europäische Vorherrschaft zusammenwuchs. Mit der zunehmenden Leistungsfähigkeit globaler Interaktionen stieg jedoch die Komplexität dieser Konstruktion.

Wie werden in einem internationalen System, das eher durch Anarchie – also dem Fehlen einer Weltregierung – gekennzeichnet ist, Regeln aufgestellt und aufrechterhalten? Eine Weltordnung beruht immer entweder auf einem Hegemonen, der als Weltregierung fungiert, oder auf einem Gleichgewicht der Kräfte, das den Staaten Beschränkungen auferlegt. Inwieweit kann und sollte jedes Machtgebilde Souveränität genießen? Wird die internationale Anarchie durch die Stärkung menschlicher Freiheiten gemildert und entsteht so ein zivilisierteres Miteinander zwischen den Völkern? Oder verdeckt diese Vorstellung die Notwendigkeit, dem Ausgleich der Macht zwischen den Staaten Vorrang einzuräumen? Was wir als moderne Weltordnung bezeichnen ist

sowohl die Folge des Gleichgewichts der Kräfte als auch der Abschreckung, die darauf abzielt, einzelne Staaten einzuschränken. Gleichzeitig bezieht sich die Weltordnung auch immer auf die gemeinsamen Interessen aller Staaten, da diese Anreize für Zusammenarbeit und Zusammenhalt bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele schaffen. Raymond Aaron vertrat die Auffassung, dass die Weltordnung die Antwort auf folgende Frage sei: „Unter welchen Bedingungen können die Menschen (die auf so viele Arten geteilt sind) nicht nur Zerstörung vermeiden, sondern auch relativ gut auf diesem Planeten zusammenleben?“¹ Hedley Bull beschrieb die Weltordnung in ähnlicher Weise als „jene Muster oder jene Dispositionen menschlichen Handelns, die die elementaren oder primären Ziele des sozialen Lebens der Menschheit als Ganzes unterstützen“.²

In diesem Kapitel wird zunächst der Westfälische Friede, der das internationale System durch ein Machtgleichgewicht zwischen souveränen Staaten organisierte, als Ursprung unserer modernen Weltordnung untersucht. Nach der industriellen Revolution wurde das Machtgleichgewicht zunehmend durch die Geoökonomie als ein Gleichgewicht der Abhängigkeiten ausgedrückt. Die Anzahl der Großmächte im System und die Vermeidung dauerhafter Bündnisse waren entscheidende Voraussetzungen für das Funktionieren der Balance. Zweitens befasst sich das Kapitel damit, wie der Westfälische Friede die Anarchie auf nationaler Ebene auflöste. Und zwar, indem er den Staat als obersten Souverän mit abgegrenztem Territorium etablierte, während das internationale System aufgrund des Mangels an einem höheren Souverän weiterhin von Anarchie bestimmt wurde. Das Ausmaß, in dem Gerechtigkeit erhöht werden kann, ohne die Ordnung zu zerstören, hat die Entwicklung der Weltordnung weitgehend bestimmt. Der Universalismus bringt das Vermächtnis sowohl der Gerechtigkeit als auch des Imperialismus mit sich, indem er das Prinzip der Souveränität ausschließt. Schließlich wird die Weltordnung ständig durch die Versuchung herausgefordert, die internationale Anarchie durch die Errichtung einer Hegemonie zu überwinden und die Menschheit unter universellen Werten zu vereinen.

- 1 S. Hoffmann, „Bericht der Konferenz über die Bedingungen der Weltordnung: 12. bis 19. Juni 1965, Villa Serbelloni, Bellagio, Italien.“ *Daedalus* (1966), 456.
- 2 H. Bull, *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics* (Bloomsbury Publishing, 2012), 20.

Der Westfälische Friede: Ein Gleichgewicht der Kräfte unter souveränen Gleichen

Der Westfälische Friede von 1648 wird gemeinhin als der Beginn der modernen Weltordnung angesehen. Sie erkennt den souveränen Staat als höchsten Souverän und wichtigste Machtinstantz an, und der Frieden wird durch ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen den souveränen Gleichen gesichert. Der Westfälische Friede folgte auf eine europäische Hegemonialordnung, die mit dem Zerfall des Heiligen Römischen Reiches endete. Man wollte zwar die Anarchie des internationalen Systems durch die Etablierung eines Hegemonen als Nachfolger des Römischen Reiches bzw. Karls des Großen überwinden, aber die religiöse und politische Zersplitterung verhinderte die Vorherrschaft einer einzigen Macht.

In den meisten Regionen der Welt bildete sich ein regionaler Hegemon heraus, der die Anarchie eindämmte und die Ordnung wiederherstellte. Das Heilige Römische Reich wurde weithin als legitimer Nachfolger des ehemaligen Römischen Reiches anerkannt, da die katholische Kirche ihre Kaiser weiterhin als römische Kaiser sah. Während das Weströmische Reich 476 zusammenbrach, beanspruchten die nachfolgenden Römischen Kaiser weiterhin die Rolle von Universalmonarchen mit legitimer Gerichtsbarkeit über alle christlichen Gebiete. Der stetige Niedergang des Heiligen Römischen Reiches führte jedoch dazu, dass diese Souveränität aufgrund einander überschneidender Landrechte und Autoritäten zu einem immer komplexeren Thema wurde.³ Diese zerstörerischen Ansprüche bestanden bis ins 17. Jahrhundert fort, obwohl das Heilige Römische Reich erst 1806 aufgelöst wurde. Die neue Machtverteilung begünstigte nun nicht mehr eine Hegemonie, und die Reformation hatte die Grundlage ihrer Legitimität in Bezug auf die Herrschaft über die Protestanten aufgelöst. Es ist allgemein bekannt, dass der Westfälische Friede von 1648 die Macht des römischen Kaisers weitgehend beendete.

Der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 begann als religiöse Spaltung, entwickelte sich jedoch zu einem Konflikt der Großmächte. Die protestantische Reformation stellte die universelle Autorität der katholischen Kirche

3 R. Asch, *The Thirty Years War: The Holy Roman Empire and Europe 1618-1648* (London: Palgrave Macmillan, 1997).

in Frage, was den Wettbewerb um die Herrschaft über das Volk und die gesellschaftlich dominierenden lebensweltlichen Normen, verschärfte. Die Fragmentierung führte aufgrund der Rivalität lokaler Fürsten zu einander überschneidenden Souveränitätsansprüchen; ein Prozess, der durch das Eingreifen der katholischen Kirche als supranationale Institution noch verschärft wurde. Das katholische Habsburgerreich kämpfte gegen die protestantischen deutschen Fürsten, die von Frankreich, Schweden und Dänemark unterstützt wurden. Jeder Anschein von Einheit, der auf einem gemeinsamen Glauben, einer gemeinsamen Moral und einem gemeinsamen Universalismus beruhte, schwand, als das katholische Frankreich das protestantische Schweden unterstützte, um die Macht der katholischen Habsburger, die den Titel Römischer Kaiser führten, auszugleichen.

Keine der Konfliktparteien war in der Lage, einen entscheidenden Sieg zu erringen, da die verschiedenen Akteure ihre Autonomie zu wahren suchten, indem sie ein Gleichgewicht anstrebten, das eine erneute Hegemonie verhinderte. Vormalige Konzepte von Universalität waren durch den zerstörerischen Krieg stark erschüttert worden. Es war daher eine gemeinsame Übereinkunft erforderlich, um dem Pessimismus in Bezug auf ein tragfähiges internationales System Rechnung zu tragen. Wie Kissinger treffend feststellte, „erlaubte diese allgemeine Erschöpfung und dieser Zynismus den Teilnehmern paradoxerweise, die praktischen Mittel zur Beendigung eines singulären Krieges in ein allgemeines Konzept einer Weltordnung umzuwandeln“.⁴

Der Westfälische Friede umfasste eine Reihe von Vereinbarungen, die den Dreißigjährigen Krieg beendeten, einen totalen Krieg, der damals der längste und zerstörerischste in der europäischen Geschichte war. Er begründete ein neues internationales System, das eher auf Multipolarität als auf Hegemonie ausgerichtet war und beruhte auf einem Machtgleichgewicht zwischen gleichberechtigten Souveränen. Die Konflikte, die sich aus einander überschneidenden Souveränitäten ergaben, wurden dadurch gelöst, dass der einzelne Staat mit seinen klar definierten physischen Grenzen zum höchsten Souverän im internationalen System geriet. Rivalisierende Kräfte wie die Kirche wurden in die Autorität des Staates als höchstem Souverän integriert:

4 H. Kissinger, *World Order* (New York: Penguin Press, 2014), 26.

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges brachte das endgültige Aus des mittelalterlichen Heiligen Römischen Reiches mit sich. Die Befugnis zur politischen Wahl einer einheitlichen Religion lag nun beim Landesfürsten und nicht mehr beim Habsburger Kaiser oder dem Papst. Man konnte nicht länger so tun, als gäbe es eine religiöse oder politische Einheit in ganz Europa. Die Autorität wurde auf die verschiedenen Könige und Fürsten verteilt, und die Grundlage für den souveränen Staat war geschaffen.⁵

Die Religion des Fürsten wurde zur Staatsreligion, und der Grundsatz der Souveränität bedeutete, dass sich fremde Staaten nicht in die inneren Angelegenheiten anderer einmischen durften, um die Rechte von Minderheiten zu unterstützen. Um sicherzustellen, dass souveräne Staaten nicht durch hegemoniale Ambitionen bedroht werden, verpflichteten sich die führenden Mächte gegenseitig zu einer Balance der Kräfte. Diese vom Westfälischen Frieden geprägte Weltordnung, in deren Mittelpunkt das Konzept der Souveränität stand, sollte die Welt für die nächsten vier Jahrhunderte prägen.

Das erste Mal wirklich auf die Probe gestellt und anschließend bekräftigt und gestärkt wurde diese Weltordnung durch den 1713 ratifizierten Vertrag von Utrecht, der den Spanischen Erbfolgekrieg beendete. Eines der Hauptziele dieses Abkommens war es, das Gleichgewicht der Mächte in Europa zu wahren, indem verhindert wurde, dass ein einzelner Staat Vormachtstellung erlangte. Die gegenseitige Gewährleistung der Sicherheit wurde als entscheidender Schritt auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden und Stabilität in Europa angesehen. Um aber Stabilität zu gewährleisten, musste eben die Sicherheit aller an der Ordnung beteiligten Staaten garantiert werden. Dieses Prinzip stellte eine Abkehr vom traditionellen Konzept der internationalen Sicherheit dar, bei dem die Sieger in einem Konflikt die Besiegten bestrafen und unterwerfen konnten. Die Ordnung zielte also darauf ab, Eroberung und Herrschaft durch Zwang und Zusammenarbeit zu ersetzen. Dieses Prinzip wurde bei der Konstituierung des Europäischen Mächtekonzerts 1815 weitgehend übernommen, da Frankreich trotz seiner Niederlage in den Napoleonischen Kriegen als gleichberechtigtes Mitglied Berücksichtigung fand.

5 B. Russett und H. Starr, *World Politics: The Menu for Choice* (San Francisco: Freeman, 1981), 47.

Der Übergang von einem Machtzentrum zu mehreren gleichberechtigten erforderte einen neuen Ansatz für die internationale Ordnung. Während ein hegemoniales System auf universellen Werten als Quelle seiner Legitimität basiert, muss ein multipolares Gleichgewichtssystem eine größere Vielfalt von Werten akzeptieren, die sich in internationalen Regeln und Gesetzen widerspiegeln. Ein hegemoniales System, das auf souveräner Ungleichheit beruht, verwendet einen rechtlichen Rahmen, der die Hierarchie von über- und untergeordneten Staaten legitimiert. Hingegen erfordert ein System, das auf einer Balance der Kräfte beruht, souveräne Gleichheit zwischen den wichtigsten Teilnehmern. Was könnte an die Stelle der gemeinsamen religiösen Identität und Moral, die das europäische System organisiert hatten, nun treten? Wie können in einem System der Vielfalt die zahlreichen Staaten mit unterschiedlichen lokalen Ordnungen miteinander verflochten werden, ohne Konflikte zu provozieren?

Der Westfälische Friede legte den völkerrechtlichen Grundstein für die Kodifizierung souveräner Gleichheit, indem er den Übergang vom materiellen Recht zum Verfahrensrecht vollzog. In der Vergangenheit basierte Europa weitgehend auf materiellem Recht, bei dem die Staaten nach anerkannten sozialen Normen handelten. Das materielle Recht kann zu willkürlichen Entscheidungen führen, und die sozialen Normen laufen Gefahr widersprüchlich ausgelegt zu werden, da die stärksten Mächte sich keine Selbstbeschränkungen auferlegen. In einem internationalen System von Staaten mit unterschiedlichen religiösen und sozialen Normen wird die Anwendung des materiellen Rechts zu einem hegemonialen Projekt, bei dem der mächtigste Staat versucht, seine sozialen Normen und sein System den anderen aufzuzwingen. Im Gegensatz dazu legt das Verfahrensrecht nur eine Reihe einheitlicher Regeln fest. Der Westfälische Friede war deshalb zu seiner Zeit einzigartig, weil die Verhandlungen weitgehend von Bürokraten und Juristen geführt wurden und nicht von Monarchen, die sich auf universelle Werte beriefen.

Das Konzept der souveränen Gleichheit erforderte also ein Verfahrensrecht. Das machte dieses westfälische System so attraktiv, weshalb es sich in Folge auch im gesamten internationalen Raum verbreitete. Kissinger schreibt diesbezüglich:

Das Geniale an diesem System und der Grund für seine weltweite Verbreitung ist, dass seine Bestimmungen verfahrensrechtlicher und

nicht inhaltlicher Natur waren. Wenn ein Staat diese grundlegenden Voraussetzungen akzeptierte, konnte er als internationaler Partner anerkannt werden, der in der Lage war, seine eigene Kultur, Politik, Religion und Innenpolitik aufrechtzuerhalten, wobei er durch das internationale System vor Eingriffen von außen geschützt wurde. Das Ideal der imperialen oder religiösen Einheit – die Grundvoraussetzung für die historischen Ordnungen in Europa und den meisten anderen Regionen – implizierte, dass theoretisch nur ein Machtzentrum vollständig legitimiert sein konnte. Das westfälische Konzept ging grundsätzlich von einer Vielfalt aus und bezog mehrere unterschiedliche Gesellschaften, die jeweils als Realität akzeptiert wurden, in eine partnerschaftliche Suche nach einer gemeinsamen Ordnung ein.⁶

Das westfälische geoökonomische Gleichgewicht der Abhängigkeiten

Die industrielle Revolution erschwerte die Herstellung eines Gleichgewichts der Kräfte und schürte gleichzeitig den Glauben, dass die Notwendigkeit dieses Gleichgewichts überwunden werden kann. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es eine natürliche Tendenz zur Konzentration von Technologie, Reichtum und Macht.

Es besteht auch eine starke Neigung, als wohlwollender Hegemon zu agieren, da ein solcher dem internationalen System Kollektivgüter zur Verfügung stellen kann. Ein wirtschaftlicher Hegemon kann eine effizientere internationale Arbeitsteilung erleichtern, indem er die führenden Technologien produziert, zuverlässige Transportkorridore ermöglicht und die gemeinsame internationale Handels-/Reservewährung verwaltet. Die Fähigkeit des Hegemonen, diese Kollektivgüter bereitzustellen, verringert die Anreize für den Rest der Welt, eine liberale internationale Wirtschaft zu stören. Wirtschaftliche Hegemonie schafft somit Anreize für wirtschaftlichen Liberalismus: „Wenn die wirtschaftlichen Fähigkeiten so konzentriert sind, dass ein Hegemon existiert,“

6 H. Kissinger, *World Order*, 27.

tiert, wie im Falle Großbritanniens im späten 19. Jahrhundert und der USA nach dem Zweiten Weltkrieg, entsteht eine ‚offene‘ oder ‚liberale‘ internationale Wirtschaftsordnung.“⁷ Länder, die nicht bereit sind, ihre Märkte zu öffnen, können infolge dazu gezwungen werden, dies zu tun.

Gleichzeitig ermöglichen die Kosten für die Bereitstellung kollektiver Güter unter einem gütigen Hegemonen den schwächeren Volkswirtschaften die Ausbeutung der großen Volkswirtschaft, und die Asymmetrien werden sich allmählich ausgleichen.⁸ Schließlich führt „das unterschiedliche Machtwachstum der verschiedenen Staaten im System zu einer grundlegenden Umverteilung der Macht im System“.⁹

Steht der wirtschaftliche Hegemon vor dem Dilemma, wie er auf den Aufstieg neuer Machtzentren reagieren soll, hat er zwei Möglichkeiten. Er kann entweder dem Aufstieg neuer Mächte entgegenkommen und zu einem Gleichgewicht der Kräfte zurückkehren oder die Rolle als wohlwollender Hegemon aufgeben, indem er seine administrative Funktion in der internationalen Wirtschaft missbraucht, um mit wirtschaftlichem Druck den Aufstieg von Rivalen zu verhindern. Je mehr Konkurrenten unterdrückt werden, desto größer ist der Anreiz für die aufstrebenden Mächte, kollektiv ein Gegengewicht zum gemeinsamen Gegner zu bilden.¹⁰ Wenn also die wirtschaftliche Hegemonie geschwächt und in Frage gestellt wird, „ist zu erwarten, dass sich die liberale Ordnung auflöst und ihre Regime geschwächt und schließlich durch merkantilistische Arrangements, in denen strategische Autonomie und nationale Souveränität über den Marktkräfte stehen, ersetzt werden“.¹¹

Es wurde weithin angenommen, dass die industrielle Revolution den militaristischen Nullsummen-Merkantilismus durch eine industrielle Positivsummen-Wirtschaft abgelöst hatte. Man glaubte, dass es für einen Staat nicht mehr notwendig sei, sich durch die Plünderung des Territoriums und der Güter eines anderen Staates zu bereichern; Reichtum könne durch tech-

7 J. G. Ruggie, „*International regimes, transactions, and change: Embedded liberalism in the post-war economic order.*“ *International Organization* 36, Nr. 2 (1982): 381.

8 D. Snidal, „*The limits of hegemonic stability theory.*“ *International Organization* 39, Nr. 4 (1985).

9 R. Gilpin, *War and Change in World Politics* (Cambridge: Cambridge University Press, 1981), 13.

10 S. P. Huntington, „*The Lonely Superpower.*“ *Foreign Affairs* 87, Nr. 2 (1999): 35-49.

11 J.G. Ruggie, 381.

nologischen Fortschritt geschaffen werden, und der Wohlstand werde durch wirtschaftliche Interdependenz verstärkt. Friedrich List mahnte jedoch, dass sich die liberale Ökonomie an die politischen Realitäten der internationalen Anarchie anpassen müsse, in der die Staaten um das Überleben und relative Vorteile konkurrieren:

Solange die Teilung des Menschengeschlechts in unabhängige Nationen fortbesteht, wird die politische Ökonomie ebenso oft den kosmopolitischen Prinzipien zuwiderlaufen [...] eine Nation würde unklug handeln, wenn sie versuchen würde, das Wohlergehen des gesamten Menschengeschlechts auf Kosten ihrer besonderen Stärke, ihres Wohlergehens und ihrer Unabhängigkeit zu fördern.¹²

Die zugrundeliegende Rationalität des relativen Vorteils, um in einem anarchischen internationalen System zu überleben, hat den Merkantilismus lediglich in Richtung Neomerkantilismus und Geoökonomie reformiert. Interdependenz bedeutet einen gewissen Verlust an Autonomie und einen Gewinn an Einfluss, auch wenn die wirtschaftliche Interdependenz nie völlig symmetrisch ist, da eine Seite immer abhängiger sein wird als die andere. Bei asymmetrischer Interdependenz behält die stärkere und weniger abhängige Seite mehr Autonomie und gewinnt an Einfluss.

Die Staaten versuchen daher, die Symmetrie der wirtschaftlichen Verflechtung zu verschieben, um ihre Autonomie und ihren Einfluss zu maximieren. Beim Neomerkantilismus oder der Geoökonomie geht es im Wesentlichen darum, die Abhängigkeit des eigenen Staates von anderen Staaten zu verringern und gleichzeitig die Abhängigkeit anderer Staaten vom eigenen Staat zu erhöhen. Hirschman stellte fest, dass sich asymmetrische wirtschaftliche Interdependenz in politischer Macht niederschlägt:

Die Befugnis zur Unterbrechung von Handels- oder Finanzregelungen mit einem beliebigen Land, die als Attribut der nationalen Souveränität betrachtet wird, ist die Hauptursache für den Einfluss oder die Machtposition, die ein Land über andere Länder erlangt,

12 F. List, *Outlines of American Political Economy, in a Series of Letters* (Philadelphia: Samuel Parker, 1827), 30.

ebenso wie sie die Hauptursache für die „Abhängigkeit vom Handel“ ist.¹³

In Folge versuchen Staaten, jene Bereiche der internationalen Wirtschaft zu kontrollieren, die nur schwer zu diversifizieren sind, da der fehlende Wettbewerb zu größerem Reichtum führt und zur Ausübung von politischem Einfluss genutzt werden kann. Geowirtschaftliche Dominanz wird durch „die Entwicklung der Exporte von Artikeln, die in anderen Ländern eine Monopolstellung einnehmen, und den direkten Handel mit diesen Ländern“ erreicht.¹⁴

Monopole, die wirtschaftlich rentabel sind und politischen Einfluss schaffen, können in drei Kategorien unterteilt werden: (1) strategische Industrien, (2) physische Verbindungen und (3) finanzielle Macht. Zu den strategischen Industrien gehört der Hightech-Sektor, da er für wirtschaftliche Effizienz unabdingbar ist, und natürliche Ressourcen, da sie endlich sind. Die physischen Verbindungen beziehen sich auf die Kontrolle über die Transportkorridore und die Infrastruktur, wie z.B. den Suezkanal; sie sind für einen zuverlässigen Zugang zu den internationalen Märkten erforderlich. Finanzielle Macht bezeichnet die verwendeten internationalen Reserve-/Handelswährungen, Banken und Zahlungssysteme.

In der Geoökonomie spiegelt das „Gleichgewicht der Abhängigkeit“ die Logik des Gleichgewichts der Macht wider.¹⁵ Gemäß den Annahmen des politischen Realismus kann eine nachhaltige und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit bestehen, wenn ein Gleichgewicht der Abhängigkeit und ein Konsens zur Erhaltung des Status quo besteht. Wenn das Machtgleichgewicht durch Kriege, technologische Innovationen oder den Zusammenbruch von Staaten gestört wird, expandiert der asymmetrische Staat, weil es keine Selbstbeschränkung gibt. Das internationale System kehrt jedoch auf natürliche Weise zum Gleichgewicht zurück, da die hegemonialen Bestrebungen des asymmetrischen Staates von den anderen Großmächten kollektiv ausgeglichen werden.

13 A. Hirschman, *National Power and the Structure of Foreign Trade* (Berkeley: University of California Press, 1945), 16.

14 Ebd., 34.

15 G. Diesen, *Russia's Geoeconomic Strategy for a Greater Eurasia* (London: Routledge, 2017).

Auch die Geowirtschaft oder der Neomerkantilismus schaffen Anreize zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts der Abhängigkeit. Ein wirtschaftlicher Hegemon wandelt wirtschaftliche Abhängigkeit in politische Macht um, was für andere Staaten einen Anreiz darstellt, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Hegemonen zu verringern, indem sie ihre Autarkie erhöhen und ihre ökonomischen Verflechtungen diversifizieren. Der defensive Neomerkantilismus (oder die Geoökonomie) „bezeichnet das Abschüteln der immer drückender werdenden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland“.¹⁶ Er wurde in der Folge dann als gutartig oder defensiv betrachtet, wenn dieser Protektionismus zur Verteidigung der politischen Souveränität, der Arbeitskräfte oder der sozialstaatlichen Kräfte dient.¹⁷ Die schwächeren Staaten einer Dyade versuchen so, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zu verringern. Allerdings sind der wirtschaftlichen Autarkie Grenzen gesetzt, da übermäßige Selbstständigkeit Wohlstand und Macht verringert. Die Lösung liegt daher in der Konzentration von Eigenständigkeit auf strategische Branchen und in der Diversifizierung von Wirtschaftspartnerschaften, um eine übermäßige Abhängigkeit von einem Staat oder einer Region zu vermeiden. Das internationale System tendiert in der Folge zu einem Gleichgewicht der Abhängigkeiten.

Das Völkerrecht kann funktionieren, wenn es ein Machtgleichgewicht gibt. Man akzeptiert im Gegenzug für den wechselseitigen Ausgleich samt damit einhergehender Vorhersehbarkeit die Einschränkungen in der außenpolitischen Bewegungsfreiheit. Im Gegensatz dazu besteht unter einem Hegemonen ein Anreiz für ihn, auf gegenseitige Beschränkungen zu verzichten und stattdessen Regeln und Normen zu kreieren, die die souveräne Ungleichheit unterstützen. Dem folgend erkannte List späterhin an, dass für ein harmonisches internationales System ein Gleichgewicht der Abhängigkeiten erforderlich ist:

Das höchste Ziel der rationellen Politik ist [...] die Vereinigung der Nationen unter dem Rechtsgesetz – ein Ziel, das nur durch mög-

16 G. Schmoller, *The Mercantile System and its Historical Significance* (London: Macmillan, 1897), 76.

17 Buzan, B., „Economic structure and international security: The limits of the liberal case.“ *International Organization* 38, Nr. 4 (1984): 608.

lichste Gleichstellung der bedeutendsten Nationen der Erde in Kultur, Wohlstand, Industrie und Macht – durch Verwandlung der zwischen ihnen bestehenden Antipathien und Konflikte in Sympathie und Harmonie zu erreichen ist.¹⁸

Gleichgewicht der Kräfte versus Beständigkeit der Allianzen

Kollektive Sicherheitsvereinbarungen, die auf eine Wahrung des Gleichgewichts der Kräfte abzielen, haben sich als anfällig gegenüber Bündnissystemen erwiesen. Die Geschichte zeigt, dass Bündnisse in Friedenszeiten die Loyalität gegenüber dem umfassenden kollektiven Sicherheitssystem in Frage stellen. So untergruben die Bemühungen Bismarcks, Ende des 19. Jahrhunderts Friedensbündnisse gegen Frankreich zu schmieden, ein parallel angestrebtes Gleichgewicht der Kräfte in Europa.

Das Gleichgewicht der Kräfte im internationalen System ähnelt der Funktionsweise von Checks and Balances in der Innenpolitik. Bei der Ausarbeitung der US-Verfassung wurde der Schwerpunkt auf Kontrolle *und* Gleichgewicht gelegt, um sicherzustellen, dass die Machtkonzentration die Institutionen nicht korrumpiert und aushöhlt.¹⁹ Die Legislative, die Exekutive und die Judikative sollen einander kontrollieren; selbst innerhalb der Legislative können sich die beiden Kammern gegenseitig ausbalancieren. Man geht also generell davon aus, dass alle verlieren, wenn eine Macht gewinnt, indem sie die anderen überwältigt. Da sich Staaten nicht selbst beschränken, ist es wahrscheinlich, dass ein Hegemon sich überfordert und damit sowohl seine Legitimation zum Regieren im internationalen System als auch die dafür aufgewendeten Ressourcen erschöpft. Ein Kräftegleichgewicht stellt somit ein System gegenseitiger Kontrolle dar, das die Entstehung einer Hegemonialmacht verhindert. Das macht auch Zusammenarbeit und Multilateralismus erforderlich, da kein Staat oder keine Region im Alleingang handeln kann.

18 F. List, *The National System of Political Economy* (London: Longmans, Green & Company, 1841), 96.

19 H. J. Morgenthau, *Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace* (New York: Alfred A. Knopf, 1948), 128.

Das Gleichgewicht der Kräfte ist ein zentraler Bestandteil der modernen Diplomatie und der Rüstungsvereinbarungen, die sicherstellen sollen, dass kein einzelnes Land oder keine Gruppe von Ländern einen übermäßigen Vorteil erlangt und so die anderen dominiert. Ein zentraler Grundsatz von Rüstungsverträgen ist die proportionale Abrüstung, um sicherzustellen, dass das Gleichgewicht der Kräfte nicht gestört wird. Als Beispiel dafür kann der Washingtoner Flottenvertrag von 1922, auch bekannt als Fünf-Mächte-Abkommen, dienen. Darin wurde vereinbart, durch die Begrenzung der Seestreitkräfte ein Wettrüsten zu verhindern. Die Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs, Italiens, Frankreichs und Japans einigten sich darin auf eine proportionale Reduzierung der militärischen Fähigkeiten, ohne das Gleichgewicht der Kräfte zu stören.

Ein multipolares Gleichgewicht fördert auch die Innovation, weil jedes Machtzentrum im Wettbewerb um die Entwicklung neuer Technologien und innovativer Problem- und Governance-Lösungen steht. Im antiken Griechenland war der Wettbewerb zwischen den Stadtstaaten die Quelle einer Vielfalt von Ideen und einer Vitalität, die die Zivilisation vorantrieb. Sie zögerten, sich zu integrieren und Universalismus anzustreben, da dies den Verlust der Vielfalt von Philosophie, Weisheit und Führung bedeuten würde, die einen Anreiz für Experimente und Fortschritt darstellten.

Auch wird ein Machtgleichgewicht nur selten zwischen zwei Staaten im Alleingang erreicht. Das Bündnisd Denken entwickelte sich weitgehend im Rahmen der Theorie des Machtgleichgewichts und besagt, dass sich zwei oder mehr Staaten gegen einen anderen Staat verbünden, um expansionistische oder hegemoniale Bestrebungen einzudämmen. Allianzen haben positive Wirkung auf die Wiederherstellung des Gleichgewichts, doch können sie, über ihren Zweck hinausgehend, durch Streben nach kollektiver Hegemonie das Gleichgewicht der Kräfte und damit die internationale Stabilität stören. Die Fähigkeit von Staaten, im Einklang mit der Logik des Gleichgewichts der Kräfte zu handeln, wird untergraben, wenn Loyalitäten zu Militärbündnissen über das höhere Ziel der Erhaltung des Gleichgewichts gestellt werden.

Der britische Premierminister Lord Palmerston brachte dies in einer seiner berühmtesten Aussagen auf den Punkt: „Wir haben keine ständigen Verbündeten, wir haben keine ständigen Feinde, wir haben nur ständige Interessen.“ Dieser Ausspruch wurde seither von Henry Kissinger und anderen Realisten wiederholt, die davon ausgehen, dass Bündnisse ein Mittel zum Zweck sind

und dass ein Gleichgewicht der Kräfte die Voraussetzung für Stabilität ist. Morgenthau vertrat die Ansicht, dass die Rolle des Balancers darin besteht, den Frieden zu bewahren, indem er dafür sorgt, dass das Gleichgewicht nicht gestört wird: „Der Balancer ist nicht dauerhaft mit der Politik einer Nation oder einer Gruppe von Nationen verbunden. Sein einziges Ziel innerhalb des Systems ist die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, unabhängig von der konkreten Politik, der das Gleichgewicht dienen soll.“²⁰ Als Befürworter einer ausgleichenden Rolle der USA nach dem Kalten Krieg empfahl Buzan eine „*Swing Power*“-Strategie, bei der die USA „in mehreren Regionen engagiert, aber nicht dauerhaft an eine von ihnen gebunden“ sein sollten.²¹

Die pragmatische Wahrung des Machtgleichgewichts mag als grob erscheinen, da sie von ideologischer Neutralität ausgeht. Rationalität wird als Handeln im Einklang mit der Logik des Machtgleichgewichts definiert, um die Sicherheit zu maximieren; gleichzeitig erfordert dies, dass sich die Staaten an Veränderungen in der Machtverteilung anpassen. Kissinger argumentiert in diesem Kontext wie folgt: „Der Westfälische Friede hat weder eine bestimmte Bündnisordnung noch eine dauerhafte politische Struktur Europas vorgeschrieben.“²²

Pragmatische Bündnisse sollen Stabilität durch die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts bewahren, während dauerhafte Bündnisse das Gleichgewicht der Kräfte stören können. Allianzen schaffen Anreize für die Bildung von Gegenallianzen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, und die Folge sind weniger und größere Machtgebilde, die nicht die Flexibilität besitzen, das Machtgleichgewicht wiederherzustellen. Booth und Wheeler verweisen auf das „Mitrany-Paradoxon“, bei dem der Aufbau neuer institutioneller Supermächte zur Stärkung des Friedens, zu weniger, größeren und minder kompatiblen Machtgebilden führt.²³ John Herz warnte in ähnlicher Weise davor, dass Militärbündnisse das Recht eines Staates, Krieg zu führen, durch eine Pflicht zum Krieg ersetzen könnten.²⁴

20 Ebd., 143.

21 B. Buzan, „The Security Dynamics of a 1+4 World.“ In: E. Aydinli und J. N. Rosenau (Hrsg.), *Globalization, Security, and the Nation State: Paradigms in Transition* (Albany: State University of New York Press, 2005), 193.

22 H. Kissinger, *Weltordnung*, 27.

23 K. Booth und N. J. Wheeler, *The Security Dilemma: Fear, Cooperation and Trust in World Politics* (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2008), 188-89.

24 J. H. Herz, „Power Politics and World Organization.“ *The American Political Science Review* 36, Nr. 6 (1942): 104647.

Wichtig ist an dieser Stelle, zwischen inklusiven und exklusiven Institutionen zu unterscheiden. Inklusive Sicherheitsinstitutionen tendieren dazu, Sicherheit *mit* anderen Mitgliedsstaaten zu entwickeln, während exklusive Sicherheitsinstitutionen in der Regel Sicherheit *gegen* Nicht-Mitgliedsstaaten anstreben. Während sich Bündnisse gegen gemeinsame Kontrahenten richten, setzt sich eine Sicherheitsgemeinschaft für friedlichen Wandel ein, indem sie Streitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten vorbeugt.²⁵

Multipolarität und die Anzahl der Großmächte

Die Anzahl der Staaten im internationalen System hat großen Einfluss auf die Fähigkeit, das Gleichgewicht der Kräfte zu wahren. Mehr Großmächte im internationalen System ermöglichen eine größere Flexibilität bei der Widerausrichtung des Systems und verhindern Hegemoniebestrebungen.

Seit dem Westfälischen Frieden hat sich die Zahl der Staaten mit annähernd gleicher Macht dramatisch reduziert. Die Verringerung der Großmächte hat laut Morgenthau „das Gleichgewicht der Macht eines Großteils seiner Flexibilität und Unbestimmtheit beraubt und infolgedessen auch seiner einschränkenden Wirkung auf Nationen, die aktiv am Kampf um die Macht beteiligt sind“.²⁶

Nach den Napoleonischen Kriegen gab es noch acht Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Russland, Österreich, Preußen, Spanien, Portugal und Schweden. Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren es nur noch zwei Großmächte, die das internationale System nach dem Nullsummenprinzip organisierten, wobei für eine der beiden die Aussicht auf Hegemonie bestand, wenn der Gegner besiegt wird. In einem internationalen System mit drei oder mehr Großmächten müssen die Konfliktparteien größere Einschränkungen hinnehmen, da Aggression und Expansionismus durch eine Umverteilung bestraft werden.

Einem Konflikt wird entgegengewirkt, wenn die Konfrontation zwischen Staat A und Staat B dazu führen könnte, dass Staat C in Bezug auf die relative Macht als Sieger hervorgeht. Die Bipolarität wiederum begünstigt eine

25 E. Adler und M. Barnett, *Security Communities* (Cambridge: Cambridge University Press, 1998).

26 H. J. Morgenthau, *Politics among Nations*, 271.

Nullsummenlogik, da der Verlust der einen Seite der Gewinn der anderen ist. General Charles de Gaulle warnte daher im Juli 1946, dass das Gleichgewicht der Kräfte unter bipolarer Machtverteilung nicht funktionieren würde:

Es ist eine Tatsache, dass sich das Gesicht der Welt im Vergleich zu der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg in jeder Hinsicht verändert hat. Vor einem Dritteljahrhundert lebten wir in einem Universum, in dem sechs oder acht große, scheinbar gleich mächtige Nationen, von denen jede durch unterschiedliche und subtile Abkommen mit den anderen verbunden war, überall ein Gleichgewicht herstellen konnten, in dem die weniger Mächtigen sich relativ sicher fühlten, in dem das Völkerrecht anerkannt war, da ein Rechtsbrecher mit einer Koalition moralischer oder materieller Interessen konfrontiert gewesen wäre, und in dem die Strategie, die im Hinblick auf künftige Konflikte konzipiert und vorbereitet worden war, letztlich nur eine schnelle und begrenzte Zerstörung vorsah.²⁷

Charles de Gaulle hatte die bekannte Vorstellung, dass Frankreich bzw. ein vereintes Europa unter französischer Führung die Rolle eines dritten Machtzentrums übernehmen sollte, um das Gleichgewicht der Kräfte zu wahren und so den expansionistischen Impulsen der USA und der Sowjetunion größere Schranken zu setzen und sie zu bremsen:

Wer, wenn nicht die alte Welt, kann dann das Gleichgewicht zwischen den beiden neuen wiederherstellen? Das alte Europa, das während so vieler Jahrhunderte der Führer des Universums war, ist in der Lage, inmitten einer Welt, die dazu neigt, sich in zwei Teile zu spalten, den notwendigen Ausgleich und die notwendige Verständigung zu schaffen.²⁸

Das Scheitern Europas, eine unabhängige Rolle zu erreichen, machte es zu einem Vasallen der USA, worüber sich der französische Präsident Emmanuel Macron mehr als 75 Jahre später beklagen sollte. Nach dem Kalten Krieg stand

27 Ebd., 353.

28 Ebd., 354.

Europa vor einem ähnlichen Dilemma: Entweder in Parität mit den USA die kollektive Hegemonie des Westens anzustreben oder eine autonome Rolle in einem multipolaren System zu entwickeln. Russland hoffte, dass die EU ein unabhängiges Machtzentrum sein und den „guten Westen“ repräsentieren würde, indem es Russland und anderen Machtzentren entgegenkäme. Letztendlich strebte die EU jedoch eine kollektive Hegemonie mit den USA an, indem sie sich der NATO anschloss, die als wichtigste Institution zur Durchsetzung der US-Vorherrschaft in Europa dient. Ein solcherart angestrebtes unipolares System kann sich nur aufrechterhalten, wenn es den Aufstieg anderer Machtzentren verhindert und damit zur Nullsummenlogik des Kalten Krieges zurückkehrt.